

Großmann: Modernisierung von Gebäuden sichert Arbeitsplätze am Bau

17. Februar 2004, Nr.: 040/04

"Ressourcenschonung und Klimaschutz sind wichtige Handlungsziele für eine lebenswerte Zukunft kommender Generationen. Dies ist schon lang keine Floskel mehr, sondern lässt sich an konkreten Aufgaben und Zahlen messen", sagte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Achim Großmann, zur Eröffnung des Planerforums auf der "Bautec" in Berlin. Deutschland habe sich verpflichtet, den Ausstoß der sechs Kyoto-Treibhausgase bis 2008/2012 um 21 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis heute seien die Emissionen um etwa 19 % gesunken. Es gehe also noch um die Minderung um rund zwei Prozentpunkte - dazu seien jedoch erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Eine unterstützende Maßnahme sei die Umsetzung der EU- Richtlinie über die "Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden", erläuterte der Staatssekretär. Diese sei im Januar letzten Jahres in Kraft getreten und müsse von den EU-Mitgliedsstaaten und damit auch von Deutschland bis zum Januar 2006 in nationales Recht umgesetzt werden. Kernpunkt der Richtlinie sei, dass alle Staaten Anforderungen an die energetische Effizienz von Gebäuden stellen müssen - sowohl bei Neu- als auch bei Altbauten.

"Nunmehr zeigt sich, wie richtig es war, in Deutschland die Energieeinsparverordnung durchzusetzen. Sie setzt einen Großteil der Richtlinie bereits um", unterstrich Großmann. Die Richtlinie mache es auch zur Pflicht, den Energiebedarf von bestehenden Gebäuden auszuweisen. Großmann sagte dazu: "Ich sehe keinen Grund, warum wir Käufern oder Nutzern von Immobilien keine verlässlichen Angaben über Energiebedarf vorlegen sollten. Ganz im Gegenteil: Betriebskosten machen einen erheblichen Anteil an der Belastung von Mieter- und Eigentümerhaushalten aus." Diese Angaben schärfen das Bewusstsein der Menschen für energiefreundliche Gebäude und seien gleichzeitig ein Impuls für die Modernisierung von Gebäuden.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Modernisierung und Instandsetzung alter Gebäude seien im abgelaufenen Jahr - trotz aller Haushaltszwänge - nochmals deutlich verbessert worden, fuhr Großmann fort. Die Bundesregierung habe im letzten Jahr zwei neue KfW-Programme mit einem Darlehensvolumen von 15 Milliarden Euro aufgelegt: 8 Milliarden Euro für die private Wohnungsbausanierung und 7 Milliarden Euro für ein kommunales Investitionsprogramm.

Nach Schätzung der KfW würden so Gesamtinvestitionen von etwa 35 Milliarden Euro angestoßen und pro Jahr etwa 275.000 Arbeitsplätze gesichert. Bis Ende Dezember 2003 seien über 59.500 Kredite in Höhe von insgesamt 2,1 Milliarden Euro für die Sanierung von 210.000 Wohnungen zugesagt worden.

Daneben würden im Rahmen des bestehenden CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der KfW bereits seit Februar 2001 Sanierungsmaßnahmen an Altbauten der Baujahre vor 1978 gefördert, sagte Großmann. Bis Ende 2003 habe die KfW hier über 46.000 Kredite mit einem Volumen von 2,4 Milliarden Euro für die Sanierung von rund 129.000 Wohnungen zugesagt.



Immengarten 40, 31134 Hildesheim
Fon: +49 (0)5121 884225
Fax: +49 (0)5121 884226
E-Mail: kontakt@delineo.info
www.delineo.info